



Anti-AKW-Bewegung plant bundesweite Proteste an den Castor-Transport-Strecken

Eine bundesweite Aktion ganz neuer Art planen Bürgerinitiativen und Anti-Atom-Organisationen für den 23. Oktober 2010

Entlang der Transportrouten zu den atomaren Zwischenlagern
- von Wörth über Karlsruhe nach Gorleben
- aus Karlsruhe nach Lubmin und
- von Jülich nach Ahaus
sollen eine Vielzahl örtlicher und regionaler Aktionen stattfinden.

Anders als bei zentralen Großveranstaltungen, wo Menschen zusammenkommen, kommt hier das Thema zu den Menschen: „Die Atomtransporte verbinden uns alle“, sagt Koordinatorin Christina Albrecht (ROBIN WOOD), „und diese Aktionsform gibt sehr vielen Menschen die Möglichkeit, ihre Ablehnung der Atomenergie in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld und mit ihren eigenen Mitteln und Formen deutlich zu machen. Ob in Städten, an Bahnhöfen, unter Brücken oder auf Straßen und Wegen entlang der Bahntrassen, ob Posaunenchor und Gottesdienst, Mahnwachen, Kundgebungen, Kegeln mit Atommüll-Fässern, Radtouren entlang der Atommüll-Strecken, der Phantasie sind kaum Grenzen gesetzt.“ Auf der Aktions-Website steht ein Aktionsleitfaden bereit, um die örtlichen Akteure zu unterstützen und zu örtlichen und regionalen Vorbereitungstreffen zu kommen. Alle Aktionen, die verbindlich angemeldet werden, werden auf der Homepage www.castor-strecken-aktionstag.de eingetragen.

Ahaus: 2x pro Woche rollt Atommüll

„Bereits seit Jahresbeginn regt sich der Widerstand gegen die Atommüll-Transporte nach Ahaus, im Januar gab es einen ersten Streckenaktionstag zwischen Jülich und Ahaus“ berichtet Sabine Jeromin aus Köln, die die Aktion im Westen koordiniert. Ahaus wird zur logistischen Drehscheibe und zum oberirdischem Lager für radioaktiven Müll. Ins Zwischenlager Ahaus soll schon in wenigen Wochen wieder Atommüll rollen, im Durchschnitt 2 x pro Woche: Brennelementkugeln aus dem 1978 verunglückten Hochtemperaturreaktor der Forschungsanlage in Jülich, außerdem vorgebe-



lich harmlose Radionuklide zur GNS (mbH) in Duisburg, sowie zahllose UF6-Transporte zur UAA Gronau, bei der sich erst am 21.01. ein

Gorleben ist überall

Demo

6. November 2010 um 13 Uhr

Tag X - wir stellen uns quer

Unfall ereignete. Hilfs- und Rettungskräfte wie Feuerwehren, THW, Krankenhäuser werden im Vorfeld nicht über heranrollende Sonderzüge mit radioaktiven Frachten informiert.

Endstation Majak?

Eine besondere Herausforderung sind geplante Brennelement-Transporte aus Ahaus nach Russland: „Entsprechend würden wir es entschieden begrüßen, wenn am 23. Oktober auch in Städten wie Osnabrück, Bremen und Hamburg zum Thema Ahaus-Russland-Castor etwas passieren würde“.

Bernd Ebeling von contraAtom aus Uelzen zur Aktionsvorbereitung in Norddeutschland: „An den beiden Bahnstrecken für den hochaktiven Atommülltransport nach Gorleben sind in folgenden Städten bereits Aktionen geplant: Hameln, Hildesheim, Verden, Rotenburg/Wümme, Buchholz/Nordheide sowie Göttingen, Hannover, Celle, Uelzen und Lüneburg. Viele Menschen werden ihr Unverständ-

nis für die nicht nachvollziehbare Energiepolitik deutlich zeigen. Am Aktionstag finden in der Region um Gorleben folgende Aktionen jeweils vor den Bahnhöfen statt: Demo um 11.55 Uhr in Celle, Demo um 12 Uhr in Lüneburg, Demo um 15 Uhr in Uelzen, danach Streckeninspektion zwischen Suderburg und Bienenbüttel. Und das nicht nur am 23. Oktober, sondern auch zwischen dem 6. und 8. November, wenn der Castor-Transport durch Niedersachsen nach Gorleben rollt.“

In Lubmin wird ab Ende Oktober mit einem Castor-Transport gerechnet, erläutert Heinz Wittmer: „Am 10. Oktober soll eine Regionalkonferenz in Greifswald stattfinden, bis dahin sollen alle Aktiven aus den neun Städten, aus denen Menschen nach Berlin gefahren sind, angesprochen werden. Fest steht für den 23. Oktober eine Fahrradtour von Rostock nach Gelbensande und ich könnte mir vorstellen, dass Aktionen in Schwerin, Bützow und Greifswald stattfinden.“

„Wir gehen davon aus, dass an weit über 60 Orten bundesweit Aktionen stattfinden werden“, so die Organisatoren.

Bernd Ebeling, contraAtom

Stuttgart

Demokratie

Gorleben

Demokratie

Stand der Dinge

In dieser Randspalte wird in kurzen Worten erklärt, in welchem Ausbaustadium sich die verschiedenen Anlagen befinden.

Faßlager

Die Einlagerung von schwach- und mittelaktivem Müll in Fassgebunden begann 1984. Ende der 80er Jahre wurden Fässer mit ungeklärtem Inhalt aus der belgischen Atomschmiede Mol entdeckt („Transnuklearskandal“). 1.296 Gebinde mussten wegen des Drucks der atomkritischen Öffentlichkeit aus Gorleben wieder entfernt werden. Entdeckt wurden darüberhinaus Korrosionsschäden und „Blähfässer“ (Gasentwicklung). Messberichte der Brennelementlagergesellschaft (BLG) belegten z.B. einen Anstieg der Radioaktivität bei sommerlichen Außentemperaturen, was die Gasbildung „anheizt“. Auf Druck der Fachgruppe Radioaktivität der BI musste das Umgebungsüberwachungssystem der BLG nachgebessert werden. Ende 1995 wurde genehmigt, das zulässige Radioaktivitätsinventar des Lagers um das 1000-Fache zu erhöhen. Hintergrund ist die Absicht, bitumierete radioaktive Abfälle aus der französischen WAA Cap de La Hague und mittelaktive Komponenten in Gorleben einzulagern.

CASTOR-Halle

Die oberirdische Castor-Halle bietet Platz für 420 Behälter. Elfeinhalb Jahre konnte die Einlagerung von hochradioaktiven, abgebrannten Brennelementen verhindert werden. Am 25. April 1995 wurde der erste Castor (Cask for the storage of radioactive material) von 16.000 Polizisten gegen den Widerstand weiter Bevölkerungskreise nach Gorleben transportiert. Seit Ende Mai 1995 darf auch hochaktiver, verglaster Müll aus der Wiederaufarbeitung (in Form von Kokillen) eingelagert werden. Außerdem wurde die Kapazität von 1.500 t Müll auf 3.800 t erhöht, und das alles auf der gleichen Grundfläche. Ein erster Kokillentransport folgte am 8. Mai 1996. Diesmal traten 18.000 Beamte an, um den Transport durchzusetzen. Vorläufiger Höhepunkt war die Anlieferung eines „Sixpack“ (sechs Behälter zu einem Transportvorgang gebündelt) Anfang März 1997. Die Kosten für den Polizeieinsatz – 30.000 Beamte waren unterwegs – summierten sich auf 111 Mio. DM. Danach scheiterte ein weiterer Versuch über den Bahnhof Arendsee (Sachsen-Anhalt) am anhaltenden Widerstand. Dieser Umweg musste gewählt werden, weil eine Bahnbrücke bei Seerau/ Hitzacker sich



Gefälligkeitspolitik

Von nun an werde keine Gefälligkeitspolitik mehr gemacht, verkündete Guido Westerwelle auf dem „Freiheitskongress“ seiner Partei angesichts der Bürgerinnenproteste gegen Stuttgart 21.

Herr Westerwelle hat gut lachen, hat er doch seine Gefälligkeitspolitik schon erfolgreich verteilt und läuft seine Partei kaum noch Gefahr, ihr neues Grundsatzprogramm jemals umsetzen zu müssen.

Ganz anders steht allerdings sein größerer Koalitionspartner da. Man ist noch einige Gefälligkeitspolitik schuldig geblieben, die diesen Herbst noch an den Mann gebracht werden müssen. Den Anfang machte die Erfindung der „Brückentechnologie“. „Wer keine ethischen Probleme hat, kann derzeit mittels Uran-Zertifikaten vom Nuklearboom profitieren“ titeln Finanzzeitschriften, doch leider berichten Fernseh- und Radiosender zeitgleich von der massiven Verseuchung der letzten Trinkwasservorkommen in der Sahelzone. Da nützt es auch nichts, dass die Regierung des Niger die Berichterstattung über die Bedingungen des Uranabbaus per Gesetz verboten hat.

Ein ebenso drängendes Problem ist die Notwendigkeit, den gesetzlich zum Betrieb von Atomkraftwerken geforderten Aktionismus in der weltweit ungelösten „Entsorgungsfrage“ an den Tag zu legen. Dafür braucht es in erster Linie gute Berater.

„Entsorgung“ in einem Blechschuppen in Niedersachsen ...

Walther Hohlefelder, 1986 bis 1994 im Bundesumweltministerium für Entsorgung zuständig, „wechselte“ 1994 zur VEBA AG (heute EON) und 1999 zur EON Kernkraft GmbH und war bis 2010 Präsident des „Deutschen Atomforums“. Wie auch die Tausenden in der Republik in oberirdischen Zwischenlagern herumstehenden Brennstäbe dürfte auch er nun „verbrannt“ sein. Zu haben war aber noch die damalige „rechte Hand“ von Umweltministerin Angela Merkel aus der Kohl-Ära. Mit ihrem Berater Gerald Hennenhöfer an der Seite ließ die Kanzlerin seinerzeit den ersten Castortransport nach Gorleben durchknüppeln. In der Vorstandsetage der Energieversorgung Schwaben sollen die Manager damals auf die erfolgreiche „Entsorgung“ in einem Blechschuppen in Niedersachsen mit einem Gläschen Rotwein angestoßen haben. Im selben

Jahr verhinderte Strahlenschutzminister Hennenhöfer erfolgreich die Schließung des Atomkraftwerks Biblis A und wischte Sicherheitsbedenken zur schnellen Einlagerung westdeutschen Atommülls im einstürzenden DDR-Altbaubau Morsleben vom Tisch. Bei der Schließung der Schachanlage ASSE setzte Herr Hennenhöfer die Anwendung von Bergrecht durch und verhinderte damit die atomrechtliche Überprüfung der illegalen Einlagerung. Merkels Nachfolger Trittin, dem seine Vorgängerin auch noch die Stilllegung der Plutoniumfabrik Hanau und die „Entsorgung“ waffenfähigen Plutoniums aus dem „Schmiergeld-verseuchten“ Transnuklear-Skandal hinterließ, versetzte den Atomberater in den einstweiligen Ruhestand.

Diese Ruhe nutzte der Strahlenschutzminister, zur VIAG (heute EON) zu wechseln und mit seinem profunden Insiderwissen am Verhandlungstisch des Atomausstiegs für die Atomkraftwerksbetreiber Einfluss auf den Atomkonsens zu nehmen. Später, als Mitarbeiter einer Anwaltskanzlei, die für Energieversorger arbeitet, beriet er Kanzlerkandidatin Merkel, wie der Atomausstieg wieder auszuhebeln sei und den ehemaligen Betreiber der ASSE, wie Informationen zurückgehalten werden können.

2009 berief Atomminister Röttgen Herrn Hennenhöfer wieder zum obersten Strahlenschutzminister der Nation und seit dem 01. Oktober 2010 wird nun wieder in der Manier des vergangenen Jahrtausends in Gorleben weiter-„erkundet“.

„... für die nächste Million Jahre Geld drucken ...“

Was fehlt, ist nun noch ein „internationaler Wissenschaftler“ für eine „vorläufige“ Sicherheitsanalyse zu Gorleben als Endlagerstandort. Leider herrscht natürlich angesichts des „feigen“ und „verantwortungslosen“ zehnjährigen Moratoriums akuter Fachkräftemangel. Wenn deutsche Atomkraftwerke für die nächste Million Jahre Geld drucken sollen, kann auch ein Ergebnis des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses nicht mehr abgewartet werden.

Glücklicherweise steht mit Bruno Thomauske, ausgebildet auf dem extraterritorialen Gebiet der europäischen Atomindustrie „CERN“, ein profunder Kenner der Materie zur Verfügung. Seit 1983 im Bundesamt für Strahlenschutz für „Endlagerung“ (Morsleben, Konrad und Gorleben) zuständig, wurde er 1988 „Projektleiter“

in Gorleben, nachdem wegen der Tschernobyl-Katastrophe ein Bundesumweltministerium errichtet worden war. Bis 1997 für atomrechtliche Genehmigungen von Endlagerprojekten zuständig, wechselte er 2003 zum Atomkraftwerksbetreiber Vattenfall (Brunsbüttel, Brokdorf, Stade und Krümmel), wo er ebenfalls mit atomrechtlichen Genehmigungen betraut war. Nach den Unfällen in Krümmel wurde Herr Thomaske bei Vattenfall entlassen, weil er die Atomaufsicht und die Öffentlichkeit zu spät und unvollständig informierte.

„...der personifizierte Atomfilz“

Seit 2008 Inhaber eines Lehrstuhls der Technischen Hochschule Aachen und Leiter des Instituts für Nuklearen Brennstoffkreislauf dürfte er der Richtige sein, uns zu erklären, wie Atom Müll in Gorleben verscharrt durch die Wassergängigkeiten wieder in unsere Lebenskreisläufe zurückkehrt. Dass Thomaskes Lehrstuhl vom Atomkraftwerksbetreiber RWE finanziert wird, er Präsidiumsmitglied des Deutschen Atomforums ist und die „taz“ 2006 titelte „...der personifizierte Atomfilz“ sollte uns dabei nur marginal interessieren. Schließlich hat uns die Kanzlerin verkündet, es handelt sich bei dem Energiekonzept der Regierung um eine echte Revolution.

Atomminister Röttgen hat nun angekündigt, es solle jetzt alles „transparent“ und „ergebnisoffen“ zugehen und er wolle die Bürger nun auch „beteiligen“. Dass er in der Nacht vor dem Weiterbau in Gorleben in Geheimverhandlungen des Bund-Länder-Ausschusses noch schnell die Sicherheitsanforderungen für ein Endlager eklatant absenkte und ausgerechnet jenen Passus der „Errichtungsphase“ aus dem Papier strich, der den Bürgern noch einen kleinen Rest an Beteiligung gewährt hätte, konnte er natürlich genauso wenig verhindern, wie die Laufzeitverlängerungen.

„... ewige Verhinderer dürfen die Geschäfte nicht stören ...“

Spätestens seit Stuttgart sollte jedem klar sein: Die Bürger haben einfach kein Recht, rechtlich wasserdichte Entscheidungen zu kritisieren. Die ewigen Verhinderer dürfen die Geschäfte einfach nicht stören.

Sie stehen der wahren Revolution im Wege.

Die Regierung muss dem Volk nicht gefallen. Wem das nicht Recht ist, der warte gefälligst, bis alles in trockenen Tüchern ist. 2013 wählt sich die Regierung ohnehin ein neues Volk. Oder war das anders herum?

Martin Donat



Kommentar zum Tag der Deutschen Einheit

In 11 Monaten könnten wir es geschafft haben

Es ist schon ein skurilles Bild. Da sitzen die Politiker aller Parteien auf dem Dach und halten Sonntagsreden von Einheit, während unter ihnen die Hütte brennt. Tausende tragen Tag für Tag ihren Unmut auf die Straße, Massenproteste von hunderttausenden sind längst keine Seltenheit mehr. Atom, Stuttgart 21, Haushaltskürzungen, Sozialpolitik, Hartz4. Ein bisschen erinnert die Szenerie an 1968, ein bisschen an 1989. Dass sich von Rheinland-Pfalz kommend eine Bewegung von Montags-Spaziergängen gegen Atomenergie mit wachsenden TeilnehmerInnen-Zahlen bundesweit ausbreitet, sollte Frau Merkel zu denken geben.

Natürlich sind viele Umstände im Land und viele äußere Bedingungen anders als '68 und '89. Natürlich stehen wir nicht vor einem Systemwechsel und wahrscheinlich nicht einmal vor einer kulturellen Erneuerung. Aber: Der Trotz der Herrschenden ist immer auch ein

Zeichen ihrer Schwäche. Und der Trotz, mit dem die Bundesregierung jetzt gegen eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung die Pfründe der Atomkonzerne absichern und Laufzeitverlängerungen für AKWs durchsetzen will, erinnert mich ein ums andere Mal an die trotzigsten Worte Erich Honneckers am 19. Januar 1989, die Mauer werde auch in 50 und in 100 Jahren noch stehen, wenn sich die Voraussetzungen dafür nicht ändern würden. Die Menschen haben es gehört und die Voraussetzungen geändert. Es dauerte nicht mal ein Jahr, sondern nach 11 Monaten war die Mauer offen. Das scheint mir jetzt auch eine angemessene Frist, die Stilllegung aller Atomanlagen endlich durchzusetzen.

In 11 Monaten könnten wir es geschafft haben.

Peter Dickel

(Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V.)

für die tonnenschwere Last der Behälter als nicht mehr tragfähig erwies. – Im März 2001 wurden die Transporte wieder aufgenommen, jetzt übernahm Rot-Grün das Kommando. Im November folgte im Schatten des 11. September ein weiterer Transport. Die Kosten für die Bewachung sind immer noch ein Ärgernis, so dass seit November 2002 immer 12 Behälter angeliefert werden. Auf 420 Stellplätzen verlieren sich noch die 91 Castoren. Aber jeder Behälter, der in der zugigen Halle steht, zementiert Gorleben als Endlagerstandort.

Pilotkonditionierungsanlage (PKA)

In der PKA soll getestet werden, wie hochaktiver Müll endlagerfähig verpackt werden kann. Da ein Endlager in Gorleben jedoch fraglich ist und eine entsprechende Konditionierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt wenig Sinn macht, soll die 800 Mio. DM teure Investitionsruine einem anderen Zweck zugeführt werden: als heiße Reparaturzelle für kaputte Castoren. Die 3. Teilgenehmigung für die umfunktionierte PKA ist Anfang Dezember 2000 erfolgt. Damit verzögerte sich deren Inbetriebnahme bereits um 5 Jahre. Für den Widerstand war das grüne Licht für die PKA jedoch der Elchtest für den Ausstiegswillen von Rot-Grün: Der heiße Betrieb wurde jedoch noch nicht aufgenommen.

Endlagerbergwerk

Die Eignung des Gorlebener Salzstocks, der ab dem Jahr 2030 als Endlager für alle Arten von Atom Müll dienen soll, wird seit Jahren von namhaften Geologen bestritten: 1987 krachte ein Schacht beinahe in sich zusammen, permanente Wassereinträge beim Abteufen begleiteten den Ausbau des Endlagers, der getarnt als „Erkundungsbergwerk“ bisher nach Bergrecht und unter Ausschluss der Öffentlichkeit vorangetrieben wurde. Lediglich der in seinen Salzrechten tangierte Atomkraftgegner Andreas Graf von Bernstorff konnte von seinem Klagerecht Gebrauch machen. Inzwischen ist mit der Salinas Salz GmbH ein wirtschaftlich ernstzunehmender Gegenspieler für die Endlagerbauer auf dem Plan.

Schwarz-Rot wollte offenbar keinen Abbruch des Projekts: Das Moratorium auf der Baustelle, das seit Oktober 2000 zur Unterbrechung der Bauarbeiten führte, wurde schon unter Rot-Grün nicht mit den planerischen Mängeln und den katastrophalen geologischen Befunden begründet. So ist zu befürchten, dass jetzt nach den Wahlen die Gorleben-Karte bei einer weiteren Endlagersuche wieder ge-zückt wird.

CASTOR Sonder Seiten

... mit Gorleben kommen sie nicht durch ...

ANTI-ATOM-TERMINE Uelzen

23. Oktober, 15.00 Uhr Demonstration vor dem Hundertwasserbahnhof Uelzen, danach Schieneninspektion an der Transportstrecke zwischen Suderburg und Bienenbüttel, im Rahmen des bundesweiten www.castor-strecken-aktionstag.de

30. Oktober, 11.00 Uhr Demonstration ab dem Hammerstein-Parkplatz Uelzen durch die Innenstadt (incl. Die-IN und Sitzblockade) von Uelzen, Abschlusskundgebung auf dem Herzogen-Platz

5. November, 18.29 Uhr voraus. Abfahrt in Valognes/Frankreich des Castor-Transportes nach Gorleben

6. November, 13 Uhr Bundesweite Groß-Demo in Dannenberg in Sichtweite des Castor-Verladekrans

6. bis 8. Nov. CASTOR-PARTY in Kl. Bünstorf/Bad Bevensen, Aktionen gegen den Castor-Transport nach Gorleben

Graue Zellen Stuhlprobe

Es gibt nichts bessers im Leben als seine A.... zu heben, war ein Motto der Grauen Zellen. Sie laden auch in diesem Jahr zur Stuhlprobe am Verladekran ein.

17., 24., 31.10., und 7.11.
jeweils 11 Uhr am Verladekran

Mobilisierungs-Videos auf YouTube

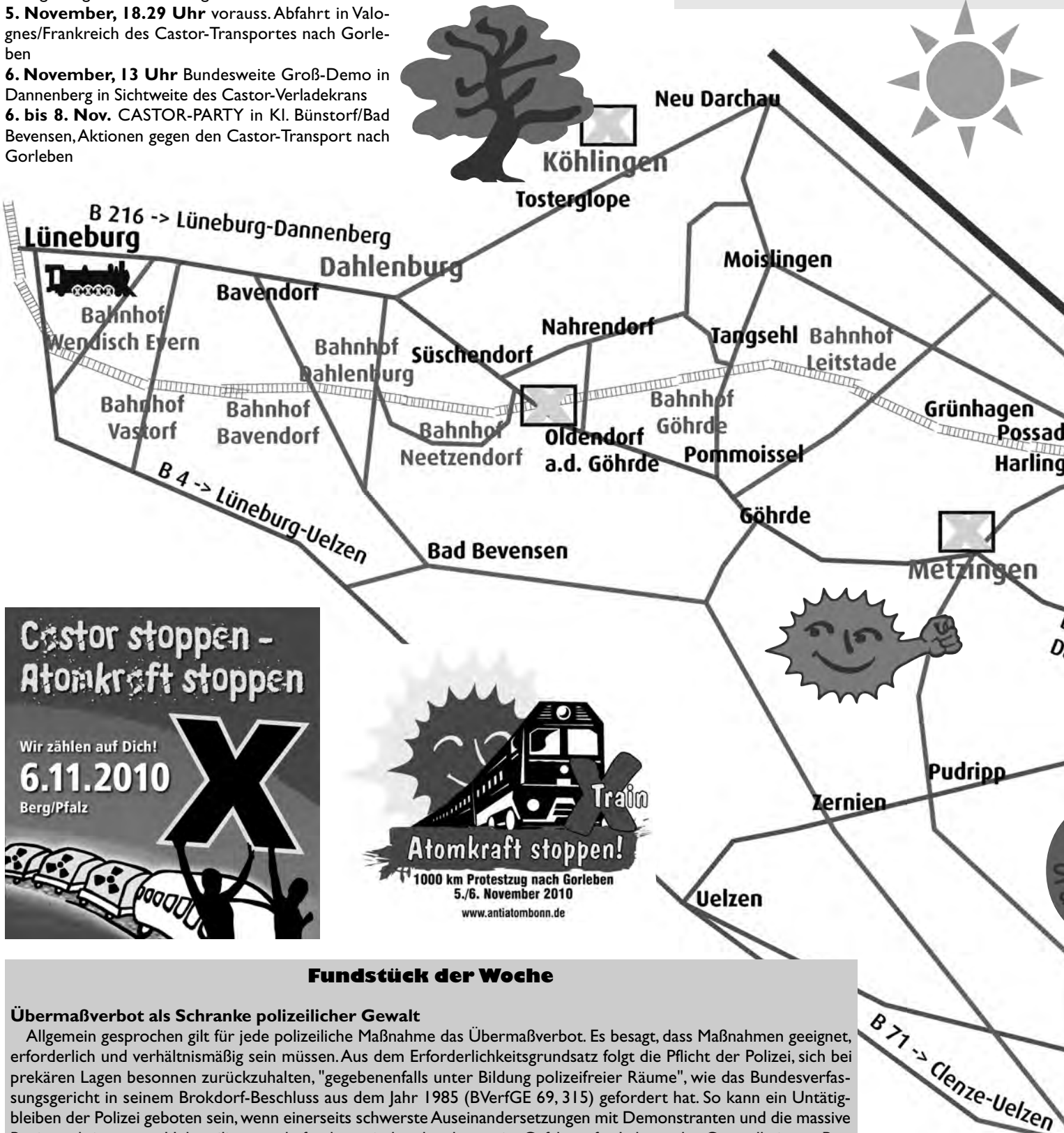
Wusstet Ihr, wieviel Trumper in eine 'Ente' passen? Wenn es darum geht, rechtzeitig zum Castor ins Wendland zu kommen, sind es mehr als ein Dutzend! In unseren drei Video-Clips passiert noch mehr Unglaubliches: Totgegläubte initiieren Straßenblockaden und Bullisten wechseln spontan die Seite.

Dazu der MADSEN-Song 'Du schreibst Geschichte'.

<http://www.youtube.com/user/BiLuechowDannenberg>

Anklicken und an Freunde weiterleiten!

Und wenn Ihr uns ein Kino Eures Vertrauens nennt, schicken wir eine DVD dorthin. Achtung: Eilt! Name des Kinos und Adresse an buer0@bi-luechow-dannenberg.de



Fundstück der Woche

Übermaßverbot als Schranke polizeilicher Gewalt

Allgemein gesprochen gilt für jede polizeiliche Maßnahme das Übermaßverbot. Es besagt, dass Maßnahmen geeignet, erforderlich und verhältnismäßig sein müssen. Aus dem Erforderlichkeitsgrundsatz folgt die Pflicht der Polizei, sich bei prekären Lagen besonnen zurückzuhalten, "gegebenenfalls unter Bildung polizeifreier Räume", wie das Bundesverfassungsgericht in seinem Brokdorf-Beschluss aus dem Jahr 1985 (BVerfGE 69, 315) gefordert hat. So kann ein Untätigbleiben der Polizei geboten sein, wenn einerseits schwerste Auseinandersetzungen mit Demonstranten und die massive Beeinträchtigung von Unbeteiligten zu befürchten sind und andererseits Gefahren für Leben oder Gesundheit von Personen bei einem Nichteinschreiten nicht zu erwarten sind.

... mit Gorleben kommen sie nicht durch!

Für die Tage nach der Auftaktkundgebung sind zahlreiche Camps und Aktionen geplant.

Auf dem Laufenden ... hier: www.castor2010.de

Das Büro des Organisationsteams:
email: info@castor2010 oder
Telefon 058 41 - 961500

Der EA Telefon: 058 41 - 97 94 30

Ohne Moos nix los:

Viel ehrenamtlicher Einsatz von vielen Menschen und doch alles hat seinen Preis! Es werden dringend Geldspenden benötigt:
 Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V., Stichwort: Castor2010
 Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg, Konto Nr. 230042798, Blz. 25850110

Wichtiges

Kinderzelt im Camp Splietau: Mit Programm, Hüpfburg und Wickeltisch
 Ini 60: Unsere Älteren kommen mit dem Bus
 Twitter: twitter.com/gorleben2010
 Ticker: www.castorticker.de
 SMS: www.castor2010.de/sms
 Pressekontakte:
 presse@bi-luechow-dannenberg.de,
 presse@x-tausendmalquer.de
 Anreise per Bus: bei www.ausgestrahlt.de

Anreise per Zug: www.antiatombonn.de
 Anreise per Auto/Mitfahrbörse: bei www.ausgestrahlt.de
 Sanitäter gesucht: sanis@castor2010.de
 Demo-Guide: Den wird es in bälde geben - alles wichtige kompakt.
 Schlafplatzbörse: Im Infozelt auf der BI-Wiese(ESSO-Wiese)
 Aktion Patenschaften: betten@castor2010.de oder: 05841-961502
 Kulturzelt an der Castorstrecke:
 Künstler-Angebote an: mail@witstamm.de
 Mobilisierenden Musik KampfWagen (MMKW) ist während der Tage on the road ...
 Out of Action wird wieder Vorort sein

Links:

www.castorstreckenaktionstag.de
www.castor-suedblockade.de

Bündnis gegen Castor 2010

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, Bäuerliche Notgemeinschaft Lüchow-Dannenberg, Robin Wood, „ausgestrahlt“, BUND, compact, contrAtom



Radio Republik Freies Wendland wird on the Air sein!

Lüneburg/Harburg 95,5 MHz
 Uelzen/Soltau 88,0 MHz
 Wendland und weit darüber hinaus 89,7.

Samstag, 6.11.:

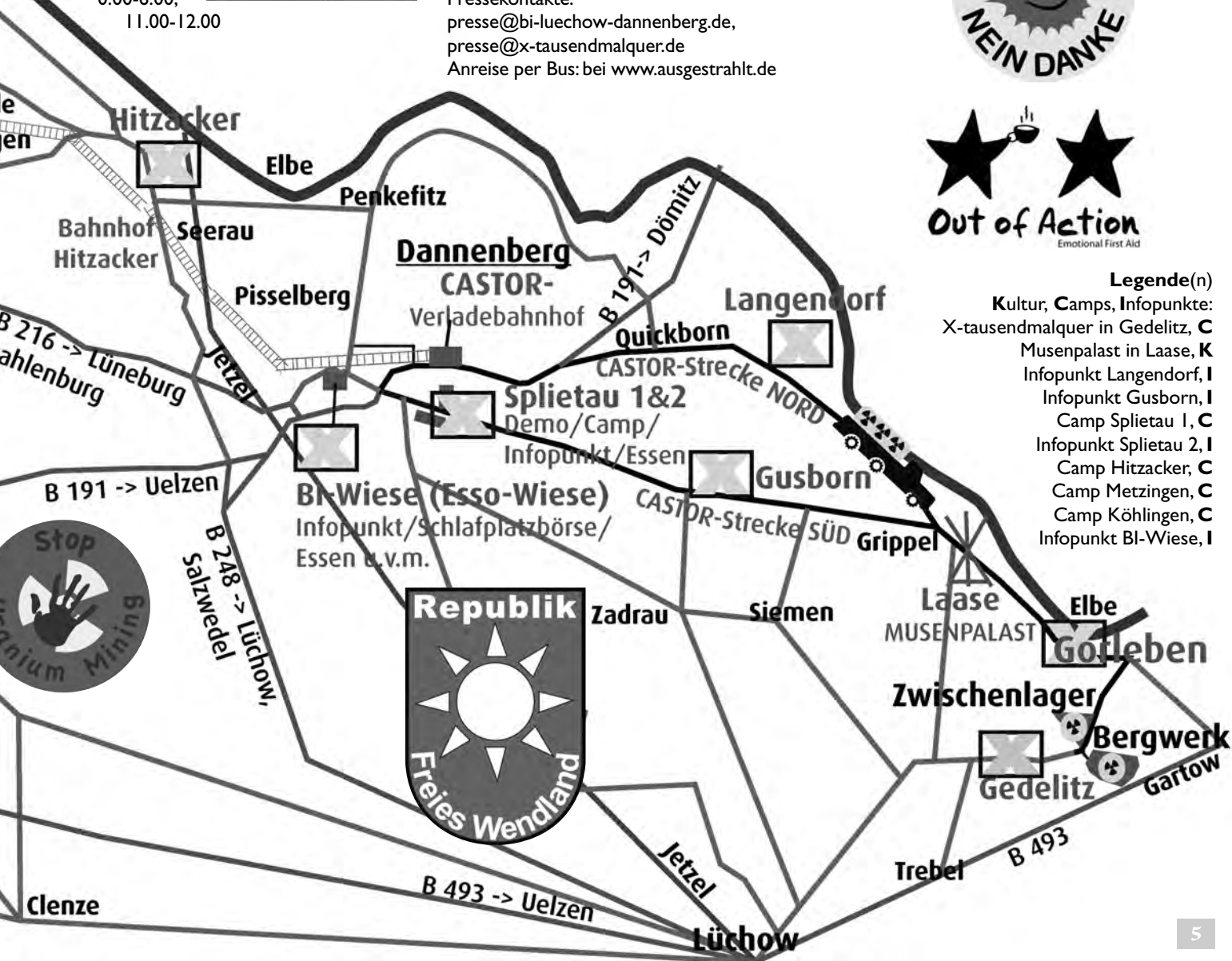
10.00-12.00,
 16.00-24.00,

Sonntag, 7.11.:

0.00-11.00,
 19.00-20.00,
 22.00-24.00,

Montag, 8.11.:

0.00-6.00,
 11.00-12.00



Legende(n)

Kultur, Camps, Infopunkte:
 X-tausendmalquer in Gedelitz, C
 Musenpalast in Laase, K
 Infopunkt Langendorf, I
 Infopunkt Gusborn, I
 Camp Splietau 1, C
 Infopunkt Splietau 2, I
 Camp Hitzacker, C
 Camp Metzingen, C
 Camp Köhlingen, C
 Infopunkt BI-Wiese, I

Castor-Transport Ahaus-Russland stoppen

Schon kurz nach den Wendland-Castoren im November drohen nicht nur Castor-Transporte nach Lubmin bei Greifswald, sondern auch von Zwischenlager Ahaus in die russische Plutoniumfabrik Majak.

Dabei geht es um 18 Castoren aus dem ehemaligen DDR-Forschungsreaktor Dresden-Rossendorf, die 2005 mit großem Aufwand über die Autobahn nach Ahaus gebracht wurden. Nun sollen die 951 abgebrannten Brennelemente laut sächsischer Landesregierung und Bundesamt für Strahlenschutz unbedingt nach Russland, weil die Brennelemente – Überraschung, Überraschung – waffenfähiges Plutonium enthalten.

... waffenfähiges Plutonium ...

Dagegen formiert sich in Ahaus und Russland Widerstand. Ende September und Anfang Oktober gab es bereits zwei Demos am Zwischenlager, im August demonstrierten russische UmweltschützerInnen vor der deutschen Botschaft in Moskau und im Oktober forderte die russische Umweltorganisation Ecodefense in einem Brief an Angela Merkel und die Ministerpräsidenten Kraft und Tillich den Stopp des „unverantwortlichen und zynischen Atom-

müllexports“. Konkret sollen die Brennelemente per LKW über die Autobahn wahrscheinlich nach Bremerhaven oder Hamburg gebracht werden, um dann per Schiff nach Murmansk zu fahren und von dort per Bahn oder LKW über St. Petersburg nach Majak weitertransportiert zu werden.

... rot/grüne Schaufensterreden ...

Die rot-grüne Landesregierung in NRW wurde von der Transportgenehmigung auf kaltem Fuß erwischt und windet sich seither zwischen verbaler Ablehnung und konkreter Transportvorbereitung – welch ein Gegensatz



zu den Schaufensterreden von Gabriel und Roth in Berlin auf der Großdemo.

Die Anti-Atomkraft-Initiativen fordern von der neuen rot-grünen Landesregierung konkret ein generelles

Moratorium für alle Atom- und Urantransporte in NRW, einen kompletten Einlagerungsstopp für das Zwischenlager Ahaus, die Stilllegung der Urananreicherungsanlage Gronau und der GNS-Atomwüstkonditionierungsanlage in Duisburg sowie eine umfassende Kinderkrebsstudie für alle Atomstandorte in NRW. Zu Gronau, Duisburg und zu den Urantransporten schweigt die Landesregierung bis jetzt komplett. Dabei wurden erst Anfang Oktober wieder zwei große Urantransporte von und nach Gronau aufgedeckt.

„Nix rein, nix raus – Atomtransporte stoppen“

Gleichzeitig rufen die Initiativen bundesweit unter dem Motto „Nix rein, nix raus – Atomtransporte stoppen“ zu Protesten gegen die Castor-Transporte von Ahaus nach Russland auf.

Aktuelle Infos: www.kein-castor-nach-ahaus.de,
www.sofa-ms.de, www.duisburg-atomfrei.de,
www.aku-gronau.de

Hallo Künstlerinnen und Künstler, Liebe Manager, Booker und UnterstützerInnen,

wir brauchen eure Unterstützung. Gegen eine deutliche Mehrheit in der Bevölkerung will die Bundesregierung die Laufzeiten der gefährlichen Atomkraftwerke verlängern, noch mehr Atomwüstk produzieren und trotz aller Sicherheitsdefizite ein Atomwüstk in Gorleben durchsetzen. Gegen diese Pläne hat ein breites gesellschaftliches Bündnis zuletzt im April bei der Menschenkette und im September in Berlin mit jeweils mehr als 100.000 Menschen demonstriert.

Bitte unterstützt uns und unterschreibt den beigefügten KünstlerInnen-Aufruf zur Kundgebung gegen Atomkraft und Castor am 6. November 2010 in Dannenberg/Wendland. Wir werden den Aufruf auf unserer Homepage und mit einer großen Zeitungsanzeige veröffentlichen. Wir wären euch dankbar, wenn ihr diesen Aufruf auch unter euren KollegInnen und Freunden weiter verbreitet!

Außerdem die Bitte: Kommt ins Wendland zur Kundgebung und zu den Aktionen gegen Atomkraft und den Castortransport ab dem 6. November. Wir werden für Unterkunft und Betreuung sorgen und euch über die Aktivitäten im Wendland informieren.

<http://www.castor2010.de/kuenstlerinnen>



Angeklagte verurteilen rechtswidrigen Prozess scharf

Am Mittwoch, dem 6.10.2010, mussten sich 6 Atomkraftgegner_innen vor dem Amtsgericht Kandel bei Karlsruhe verantworten. Ihnen wird vorgeworfen, an einer Aktion beteiligt gewesen zu sein, bei der sich 3 Aktivist_innen im November 2008 in der Nähe der französischen Grenze an einen Betonblock unter den Bahnschienen gekettet hatten, um einen Castortransport mit radioaktivem Atomwüstk für über 12 Stunden aufzuhalten. Tatvorwurf ist Nötigung, also das Hindern des Zugführers (unter gewaltsamem Zwang mit verwerflichem Zweck) am Weiterfahren.

„Wir werden als Gewalttäter_innen bezeichnet, weil wir uns für ein gesundes Leben einsetzen. Radioaktive Strahlung ist gewalttätig, Uran-

abbau, der Betrieb von Atomkraftwerken und die Endlagerung von Atomwüstk sind sozial unverantwortlich und gefährlich. Weil wir uns wehren, wurden unsere Grundrechte heute in zahlreichen Rechtsbrüchen massiv eingeschränkt. Es geht hier um Abschreckung und Machtdemonstration. Uns wird Gewalt vorgeworfen und verwerfliche Zwecke,“ kommentiert ein Angeklagter den ersten Prozesstag, „aber ich freue mich, dass es nicht geklappt hat und wir die Gründe, gegen Atomkraft aktiv zu sein auch im Gericht thematisiert haben.“

Im Vorfeld des Prozesses fanden in Karlsruhe die Castor-Aktionstage statt, während denen einige kleine Aktionen durchgeführt wurden,

wie beispielsweise ein Schienenspaziergang an der Stelle der Blockade, bei dem die Teilnehmer_innen unterrichtet wurden, wie Bahnschienen sachgemäß nicht benutzt werden dürfen. Die Polizei war massiv anwesend und sehr nervös. Desweiteren fanden einige Informationsveranstaltungen statt, über geplante Aktivitäten während des diesjährigen Castors, über Uranabbau und über das Kernforschungszentrum in Karlsruhe. Ein Lock-on-Workshop fand statt und ein Konzert.

Am nächsten Prozesstag, am 26.10. um 11 Uhr (Amtsgericht Kandel, Raum 25) werden unter anderem die Zeug_innen verhört werden. Zuschauer_innen erwünscht!
<http://bloxberg.blogspot.de>

Sie verdienen unanständig Geld

Warum ich den Begriff ‚Gelddruckmaschine‘ rhetorisch für ungeschickt halte

Manche von uns verwenden den Begriff ‚Gelddruckmaschine‘ mit der guten Absicht, den Atomern die edlen Motive wie „Versorgungssicherheit“ oder „niedrige Strompreise“ abzusprechen und deren Gewinninteressen zu entlarven.

Die Atomseite selber benutzt das Bild ‚Gelddruckmaschine‘ nicht, freut sich aber vermutlich schmunzelnd, wenn wir ihn benutzen.

Denn dieses Bild weckt bei vielen Mitbürgern Begehrlichkeit. Der Streit geht dann darum, wer kriegt das durch die Laufzeitverlängerung scheinbar verdiente Geld. Und die Atomgefahren wie auch das ungelöste Atommüllproblem rutschen ins Abseits.

Für viele, die sich mit den wahren Problemen der Atomkraft nicht auskennen, ist es vermutlich hirnrissig, einen Schatz, wie es eine Gelddruckmaschine ist, mutwillig zu zerstören.

Geld verdienen ist ja grundsätzlich nicht schlecht. Geld auf Kosten anderer zu verdienen, indem ich sie beraube oder schädige, ist jedoch unanständig und manchmal auch ein Verbrechen. So stufen wir alle Bankraub, Betrug oder Heroinhandel als verwerflich ein.

Strom und Gewinne aus Atomkraft zu erzeugen und dadurch die Nachbarn, ja das ganze Land mit einer schrecklichen Atomgefahr zu bedrohen, ist abgrundtief böse. Meistens schädigt schon der Uranabbau die dort lebenden Menschen. Mehr als 33.000 (dreiunddreißigtausend) nachfolgende Generationen mit tödlich strah-

lendem Atommüll zu belasten, ist ein Verbrechen – ein Generationenverbrechen! Die Mehrheit in unserem Land lehnt Gott sei Dank die Atomkraft ab. Vermutlich wissen aber auch von diesen die wenigsten, wie wahnsinnig groß die Gefahren und Probleme sind.

Lasst uns unermüdlich über diese Probleme reden und lasst uns fröhlich von den Erfolgen und Aussichten von Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien erzählen. Und lasst uns dazu die Worte geschickt wählen.

... 2

Ich benutze nicht das Recycling suggerierende Wort Wiederaufbereitungsanlage, sondern nenne sie Plutoniumfabrik. Und immer wieder führe ich aus, dass AKW keine geschlossenen Systeme mit Brennstoffkreislauf sind, sondern Kamine für radioaktive Gase und Kanäle für radioaktive Abwässer haben. Eigentlich möchte ich auch den Begriff ‚Brennstoff‘ vermeiden. Denn wenn ich Brennstoffe verbrenne, bleibt an und für sich harmlose Asche übrig. Wenn ich hingegen Uran spalte, entsteht tödlich strahlender Atommüll. Deswegen spreche ich lieber von Spaltmaterial und auch Spaltelement.

Brücke

Die Atomer nutzen den positiven Begriff Brücke für ihre Zwecke. Man kann ihn versuchen madig zu machen mit „Die Atomkraft ist eine Barriere bei der Energiewende – sie verstopft die Stromleitungen und behindert die Bemühungen um Stromeffizienz und Erneuerbare

Energien“. Ich spreche immer kurz von der **TODESBRÜCKE** Atomkraft. Einmal habe ich dann gesagt, in diesem Fall ist eine Furt besser geeignet. Und unsere Städte sind ja wie die Namen Schweinfurt, Ochsenfurt, Erfurt, Frankfurt verraten, häufig an Furten gegründet worden.

Verantwortlich sind die Bundestagsabgeordneten – und die können wir vor Ort packen

Ab Montagfrüh (6.9.10) wird es heißen, die Bundesregierung habe die Laufzeitverlängerung beschlossen. Das ist irreführend. Im geltenden Atomgesetz sind die Laufzeiten begrenzt. Eine Laufzeitverlängerung kann nur durch Änderung des Atomgesetzes im Bundestag beschlossen werden.

Wir Normalbürger können die Bundesregierung nicht erreichen. Briefe und Mails werden von Referenten nach Schema F beantwortet. Wir können und sollten jedoch unsere Bundestagsabgeordneten vor Ort packen und verantwortlich machen!

Ich vermute, Im Jahr 2011 werden wir im Rückblick sagen: Damals vom September 2010 bis März 2011 sind die Atomwürfel gefallen. Und ich hoffe, wir können dann sagen: Wir haben geschickt erreicht, dass die Laufzeiten nicht verlängert sondern verkürzt worden.

Raimund Kamm

... hin zu den Massenprotesten!

Vor rund 30 Jahren demonstrierten im Februar 1981 rund 100.000 Menschen gegen das damals noch im Bau befindliche AKW Brokdorf. Die Friedensbewegung organisierte in den 80er Jahren noch weitaus größere Demonstrationen und die Anti-Atom-Kraft-Bewegung mobilisierte gegen den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf erneut zu Großdemonstrationen mit mehreren 10.000 Personen.

Die Friedensbewegung sowie die Anti-Atomkraft-Bewegung, incl. ihrer Schnittmengen (wie z. B. der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz / BBU) engagierten sich auch in den Folgejahren vielfältig – erinnert sei an viele Ostermärsche und zahllose Anti-Castor-Proteste. Und das Engagement wird fortgesetzt! Jetzt im Jahr 2010 hat die Anti-Atomkraft-Bewegung erneut an Umfang und Einfluss gewonnen, so dass man sich an die 70er und 80er Jahre erinnert fühlt.

Doch die Anti-Atomkraft-Bewegung ist keine museale Bewegung: Sie ist lebendig und prägt

seit Monaten die öffentlichen Diskussionen. Jetzt, in einer Phase neuer Massenproteste (Berlin / Stuttgart) und auch vor dem Hintergrund breiter Proteste gegen die Speicherung von CO₂, mobilisiert die bundesweite Anti-Atomkraft-Bewegung zu den November-Protesten in das Wendland: Es darf kein Atommüll mehr in den Landkreis Lüchow-Dannenberg gebracht werden und die Endlager-Baustelle in Gorleben muss endgültig stillgelegt werden. Auch der BBU, der die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen fordert, ruft konsequent zu Aktionen gegen die Nutzung der Atomenergie auf, und natürlich auch zur Teilnahme an der großen Demonstration am 6. November in Dannenberg! Wer es einrichten kann, sollte daran, aber auch an den folgenden Protesten, teilnehmen. **Und dass der Protest erfolgreich sein kann, wurde vielerorts deutlich: In Wackersdorf, Kalkar und anderswo.**

Aufstehen! Erstmals oder schon wieder. Hauptsache jetzt.

Und nicht erst morgen!

Udo Buchholz, BBU e.V., AKU Gronau

Solidarität ist eine Waffe!

Strafverfahren kosten Geld.

Spendet!

auf das bundesweite
Castor-Soli-Konto



Spendenkonto:

Rote Hilfe e.V., Konto-Nr: 19 11 00 - 462,
BLZ: 440 100 46, Postbank Dortmund
IBAN: DE75 4401 0046 0191 1004 62, BIC: PBNKDEFF
Stichwort: „Castor“

ROTE HILFE E.V.

Bundesgeschäftsstelle, Postfach 3255, 37022 Göttingen
T: 0551 / 7 70 80 08 (Di. + Do. 15 – 20 Uhr)
F: 0551 / 7 70 80 09
www.rote-hilfe.de ★ bundesvorstand@rote-hilfe.de



**Solidarität organisieren
Mitglied werden!**

Oktober und später ...

- 15.-17.10., Jahrestagung mit Festabend Kurve Wustrow Gustav Stresemann Institut Bad Bevensen, www.kurwewustrow.org
- 17.10.15 Uhr, Gorleben-Archiv-Mitgliederversammlung in Lüchow, Rosenstraße 17
- 17.10.11 Uhr, Stuhlprobe am Verladekran Dannenberg
- 18.10., „Stuttgart 21 und Gorleben sind überall!“ Montagsdemo Stuttgart
- 19.10.19.30 Uhr, Infoveranstaltung der Rechtshilfe Gorleben zum Castor mit Wolfgang Neumann Café „Grenzbereiche“ Platenlaase
- 22.10.14 – 18 Uhr, Gorleben-Archiv Nachmittag der offenen Tür
- 22.10.20 Uhr, WER WANN WAS WO? Alle Infos zum nächsten Castortransport „Schützenhaus“ Dannenberg
- 23.10.11 Uhr, Demonstration „Es reicht! Atomkraft Schluß jetzt!“ in Hannover, Steintor, www.atomplenum.de
- 23.10., Castorstreckenaktionstag entlang aller Castorstrecken www.castor-strecken-aktionstag.de, Samstag vor dem Castor 13 Uhr Kundgebung am Verladekran Dannenberg und Anti-Atom-Demo
- 24.10.13.30 Uhr, Delegiertentreffen im „Anna & Arthur“ Lüneburg, Katzenstraße 2
- 15.11.19 Uhr, „Energiefragen und Gewalt – Atomenergie von Urangewinnung bis zur Endlagerung“, Eine Veranstaltung der Ev. Erwachsenenbildung Niedersachsen/Braunschweig, Gemeindehaus Groß Denkte, www.tschernobyl-initiative.eu
- 22.-24.11., 5. Internationale Konferenz zur Speicherung Erneuerbarer Energien, Berlin Seminaris Campus-Hotel, www.eurosolar.de
- 1.11.20 Uhr, „was tun, wenn's brennt?“ Veranstaltung mit dem Ermittlungsausschuss Wendland und RA Martin Lemke und Britta Eder, Café „Grenzbereiche“ Platenlaase
- 6.11.13 Uhr, Auftaktkundgebung in Dannenberg

Wiederkehrende monatliche Termine

- Jeden Sonntag 14:00 Uhr, Gorlebener Gebet
- Jeden 1. Sonntag 14:00 Uhr, Gronau www.aku-gronau.de
- Jeden 3. Sonntag 14:00 Uhr, Sonntagsspaziergänge am Zwischenlager, BI-Ahaus
- Jeden 6. eines Monats ab 14:00 Uhr, Am Tor des AKW Brokdorf Mahnwache

Von Null auf Hundertzwanzig

gingen die Zeiger der Meßgeräte von greenpeace am Dannenberger Bahnhof, als der Castor-Zug 2008 in den Bahnhof einfuhr. Die Geräte zeigten die offiziell gern heruntergespielte Belastung mit Neutronenstrahlung, die von den Castoren ausging. Neutronenstrahlung – ebenso wie andere radioaktive Strahlung nicht zu schmecken, zu riechen, zu fühlen, zu hören, zu sehen, aber von vielen als wesentlich bedenklicher angesehen als offiziell zugegeben wird.

Die Fachgruppe Radioaktivität lädt zu einer Informationsveranstaltung zu diesem Thema mit Dr. rer.nat. Wolfgang Köhnlein am 16. 10. 19 Uhr in das Hotel Alte Post in Dannenberg.



"Trommeln" zur Gorleben-Mobilisierung

Mit Widerstands-T-Shirts, Plakaten und Informationsmaterial haben sich die Bands eingedeckt, die unter dem Motto "Gorleben soll leben" vom 20. bis 22. August das dritte "Wendland Free Flow Open Air Festival" in Mützingen gestalteten. Mit den Protestemblemen als Bühnenschmuck wollen sie bei ihren nächsten Auftritten "zur Mobilisierung gegen Gorleben trommeln". Dadurch wird zusätzlich ein neues Publikum an neuen Orten angesprochen, dass teilweise für Initiativen nicht so einfach erreichbar ist.

Eines der nicht nur musikalisch, sondern auch politisch unbestrittenen Highlights des Festivals war der Auftritt der Band "Kerlox" aus der süditalienischen Basilicata. In ihrer Region, nahe dem Ort Scanzano Ionico, plante Berlusconi 2003 ein Atommüllendlager, nur 200 Meter von der Küste entfernt. Doch gegen den Willen der Bevölkerung ließ sich der Standort nicht durchsetzen. Denn Zehntausende legten spontan und fantasievoll tagelang aus Protest das Verkehrssystem lahm. Seit November 2003 hat sich die Region Basilicata zudem per Dekret zum "nuklearfreien Gebiet" erklärt. Ein positives Beispiel für Gorleben und überall.

Francis Althoff

Ich abonniere die Gorleben Rundschau

ab der nächsten Ausgabe.

- Bitte schickt mir jeweils ein Exemplar (EUR 15 pro Jahr)
- Bitte schickt mir jeweils 10 Exemplare (EUR 50 pro Jahr)
- Bitte schickt mir jeweils 100 Exemplare (EUR 120 pro Jahr)
- Ich erteile hiermit der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. eine Einzugsermächtigung für mein Konto.

Konto-Nr.:

BLZ:

Geldinstitut:

Name:

Adresse:

Datum, Unterschrift

Ausschneiden und abschicken an: BI-Büro, Rosenstr. 20, 29439 Lüchow, Konto der BI: KSK Lüchow, BLZ 258 501 10, Konto: 004 406 072 I Das Abo kann jederzeit zum Jahresende gekündigt werden.

Impressum

Die Gorleben-Rundschau erscheint 10-12 mal jährlich und wird herausgegeben von der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V..

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Für Neuerungen, produktive Anregungen und LeserInnenbriefe sind wir immer ansprechbar. Es ist erwünscht, eigene Texte zum Thema Atomkraft, Gorleben und erneuerbare Energien einzubringen; sie werden gerne veröffentlicht, sofern sie in den Kontext der Ausgabe passen.

Redaktion: H. Eckert
Bildmaterial: PubliXviewinG u.a.
Mitarbeit: W. Ehmke, F. Althoff B. Oehler, BI 'Kein CO2-Endlager Altmark', Die Sonntagsspaziergänger, F. Fiedler, Die Zwerge, X-tausendmal quer, K. Rudek

Versand & Termine: L. Wente
Auflage: 1500

BI Büro: Rosenstr. 20, 29439 Lüchow
 Fon: 05841/4684, Fax: 05841/3197,
buero@bi-luechow-dannenberg.de, www.bi-luechow-dannenberg.de
Öffnungszeiten: Mo, Mi, Fr, Sa 9 - 12 Uhr, Di + Do 15 - 18 Uhr